

Von wegen Parallelgesellschaft!? Anmerkungen zur politischen Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Katharina Senge und Michael Borchard

These 1: Der Anteil von Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund steigt – durch Einbürgerung und auch durch das Optionsmodell bzw. die Einführung des Geburtsortsprinzips. Das ist dann aber auch schon fast alles an Gewissheiten über die politische Orientierung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Für die Forschung bleibt das Feld eine vergleichsweise gravierende Lücke, die es zu schließen gilt.

Dabei sind sich *sowohl* die Forschung als auch die politischen Parteien in jüngster Zeit durchaus der wachsenden Bedeutung von Zuwanderern als politische Akteure bewusst geworden. Trotzdem sind die Wahlbeteiligung, die politische Orientierung und das Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte noch immer viel zu sehr „Terra incognita“. Das liegt allein schon daran, dass der Migrationshintergrund in der offiziellen Wahlstatistik des Bundeswahlleiters – aus nachvollziehbaren Gründen - nicht auftaucht. Allein über den Nachnamen sind die Frauen und Männer mit Migrationshintergrund ebenfalls kaum zu ermitteln. Schon die Ehen mit autochthon deutschen Ehepartnern bei Übernahme des deutschen Familiennamens machen die Herkunft des Partners mit Migrationshintergrund für die Meldestatistik und damit auch für den Wahlleiter unsichtbar. Ganz davon zu schweigen, dass bei manchen Namen, die von ausländischer Herkunft zeugen, dennoch kein Migrationshintergrund vorliegen muss, weil die Zuwanderung schon vor Generationen erfolgt ist. Schon allein diese Tatsache macht jede Erhebung in diesem Bereich grundsätzlich schwierig und teuer.

Die uns bislang bekannten Umfragen zur politischen Orientierung von Migranten sind meist nicht repräsentativ. Die Anzahl der Befragten ist zu gering oder die Methodik der Erhebung zweifelhaft. Vor allem

lassen bislang die vorliegenden Zahlen wegen dieser geringen „Samplegröße“ kaum auch nur ansatzweise belastbare Rückschlüsse auf die verschiedenen Herkunftsgruppen zu, weil am Ende die „Gruppengröße“ so kleinteilig ist, dass eine wissenschaftlich vertretbare Aussage unmöglich ist. Da die politische Situation im Herkunftsland – so viel wissen wir aus allen vorliegenden Forschungen – auch das politische Interesse und die Positionierung in Deutschland mitprägt, wären gerade diese differenzierten Erkenntnisse unverzichtbar, nicht zuletzt für die politischen Parteien selbst. Andere, umfangreichere Studien liegen hingegen schon 10 oder mehr Jahre zurück.

Wir brauchen hier zuverlässige Daten. Diese sind jedoch nicht günstig zu haben und zwar aus mindestens drei Gründen: Erstens ist – wie gesagt – die Identifizierung bzw. Rekrutierung der Befragten mit Migrationshintergrund aufwendig. Zweitens muss – wie ebenfalls angedeutet – die Anzahl der Befragten so groß sein, dass selbst nach der Differenzierung nach Herkunftsgruppen noch detaillierte und repräsentative Aussagen gemacht werden können. Ferner müssen in entsprechenden Größenordnungen Vergleichsgruppen – in diesem Falle autochthone Deutsche und Ausländer (die dementsprechend keine Wahlberechtigung haben) befragt werden, um Besonderheiten überhaupt erst erkennen zu können. Und drittens müssen die Umfragen mehrsprachig durchgeführt werden, damit gerade auch die erreicht werden, die sonst wegen Sprachbarrieren möglicherweise ihre Meinung nicht artikulieren oder die Fragen nicht verstehen würden. Das betrifft vor allem die erste Generation.

These 2: Die breite Palette an Formen politischer Partizipation darf nicht aus dem Blick geraten.

Dazu gehören eben nicht nur die Wahlbeteiligung und die Frage nach Kandidaten und Mandatsträgern mit Migrationshintergrund, sondern auch die Teilnahme an Volks- und Bürgerentscheiden, das Engagement in Bürgerinitiativen, die Teilnahme an Demonstrationen und Unterschriftensammlungen, Anfragen an Politiker und Amtsträger und auch die zeitweilige Mitarbeit in politischen Initiativen und Parteien. Diese Formen politischer Teilhabe haben für Migranten eine besondere Bedeutung, da für die meisten dieser Aktivitäten die deutsche Staatsbürgerschaft keine Voraussetzung ist. Nach dem European Social Survey haben sich zwischen 2002 und 2008 jedoch 40,5 Prozent der Befragten ohne, aber nur 32,1 Prozent der Befrag-

ten mit Migrationshintergrund an nicht-ehlektoralen Partizipationsformen beteiligt.

Neben diesen Formen gibt es auch die Integrationsbeiräte (manchmal auch Ausländer- oder Migrationsbeiräte), die die politische Beteiligung von Zuwanderern in den politischen Prozessen der Gemeinde oder des Landes herstellen sollen. Ihre Handlungsmöglichkeiten variieren leicht, die Beteiligung an den Wahlen zu den Räten ist sehr gering. Eingebürgerte und EU-Bürger können an den Kommunalwahlen direkt teilnehmen und haben daher wenig Interesse an diesen Gremien. Nicht immer sind jene, die gewählt werden, dann auch kompetente Berater für die kommunalpolitischen Entscheider. Beiräte, die direkt vom jeweiligen Bürgermeister eingesetzt werden, ermangeln wiederum der politischen Legitimität. Auch aus diesen Gründen sind diese Beiräte schon seit längerer Zeit in der Kritik. Entscheidend ist dabei, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund diese Beiräte als „Surrogat“ für eine „echte Beteiligung“ sehen und sie deshalb ablehnen.

These 3: Der Aufbau von Wissen über die Politik im Aufnahme-land, die Entwicklung von Interesse und aktiver Beteiligung an politischen Prozessen brauchen Zeit.

Bildung und Einkommen sind auch bei Zuwanderern die Faktoren, die politisches Engagement positiv beeinflussen. Zuwanderer haben im Durchschnitt geringeres Interesse an der Politik als Einheimische. Das zeigen internationale Studien. Nach dem Civic Voluntarism Model beeinflussen vor allem Ressourcen (Zeit, Bildung und Einkommen), politische Einstellungen und die Einbindung in Netzwerke das Ausmaß politischer Beteiligung. Bei Migranten kommen als Faktoren hinzu: die politischen Erfahrungen im Herkunftsland, der rechtliche Zugang zu politischer Beteiligung im Zielland und die Aufenthaltsdauer dort. So zeigt sich, dass 20 Jahre nach der Migration das Interesse an Politik stark steigt. Das mag daran liegen, dass in den ersten 20 Jahren die Ressourcen für die Orientierung und das Ankommen, das Erlernen der Sprache und den Aufbau stabiler Lebensverhältnisse benötigt werden. Zusätzlich ist bekannt, dass das politische Interesse grundsätzlich mit dem Alter steigt¹. Wichtig ist auch die Besonderheit, dass sich viele Migranten, die in der ersten Generation nicht zuletzt auch durch die Anwerbeverträge nach Deutschland gekommen sind und die selbst noch davon ausgegangen sind,

dass sie in ihr Herkunftsland irgendwann zurückkehren werden, ihr Engagement vor allem in ihrem Arbeitsumfeld gesucht haben. Das führte beispielsweise dazu, dass in den Gewerkschaften der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund vergleichsweise hoch war und sich diese Zuwanderergruppe vor allem für arbeitspolitische Themen eingesetzt hat.

These 4: Die zweite Generation unterscheidet sich kaum noch von den autochthonen Deutschen.

Das politische Interesse der in Deutschland geborenen Kinder von Zuwanderern ist leicht geringer als das von Personen ohne Migrationshintergrund. Allerdings ist die Gruppe der am stärksten Interessierten mit 19,6 Prozent sogar etwas größer als sie es bei den autochthonen Deutschen ist (18 Prozent)². Einer von fünf Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte ist also sehr stark an der deutschen Politik interessiert. Diese Gruppe nutzt auch Formen der nicht-elektoralen Partizipation häufiger als Autochthone. Neben der Förderung bildungsferner Schichten durch politische Bildung sollten Parteien besonders auch diese sehr gut informierte und engagierte Gruppe im Blick haben.

These 5: Die Megaaufgabe der Gegenwart ist Bewusstseinsbildung bei den Parteimitgliedern.

Der Angst, mit dem Thema „Partizipation von Zuwanderern“ Stammwähler zu verprellen, steht die Tatsache entgegen, dass es nach den aktuellen Forschungsergebnissen gar keine einheitliche Stammwählergruppe mehr gibt. Stammwähler entscheiden sich stärker aus habituellen oder traditionellen als aus sachlichen oder ideologischen Gründen für „ihre“ Partei. Ganz anders sind die Mitglieder der Partei. Nach den Forschungen der Konrad-Adenauer-Stiftung kann man – zugespitzt formuliert – davon ausgehen, dass die CDU-Mitglieder immer konservativer, ländlicher, wohlhabender, männlicher, konfessioneller und älter werden. Die große Aufgabe für die Parteien und insbesondere die Union besteht demnach darin, sowohl die immer homogener werdende Mitgliederstruktur³ als auch eine gleichzeitig heterogener werdende Gesellschaft als integrative Volkspartei mitzunehmen. Nicht zwischen Stamm- und Wechselwählern besteht der Spagat, den es zu überwinden gilt, sondern zwischen den für die Partei sehr engagierten Mitgliedern und den lieber in alternativen Initiativen oder eben gar

nicht engagierten Wahlberechtigten. Im Kontext von „Einwanderungsland“ und „Integrationsland“ bedeutet das, dass insbesondere in den Ortsvereinen das Bewusstsein für die Zukunftsaufgabe Integration gestärkt und eine interkulturelle Öffnung unterstützt werden müssen. Dabei muss das „C“ nicht zwingend ein Hinderungsgrund für diese Öffnung – insbesondere für Menschen anderen Glaubens sein – weder für die Migranten noch für die autochthonen CDU-Mitglieder: Gerade junge Migranten mit muslimischem Migrationshintergrund entscheiden sich bewusst für die Union, weil sie die Wertorientierung der Union und ihr besonderes Verhältnis zur „positiven Religionsfreiheit“ in Deutschland ganz besonders schätzen. Genau diese Motivation macht jede Form der Schwächung des C durch muslimische CDU-Mitglieder unwahrscheinlich.

Eine „besondere“ Gruppe von „Zuwanderern“, wenn dieses Wort in diesem Zusammenhang zulässig ist, darf die Union schon wegen ihrer großen Anzahl und ihrer bekannten Affinität zur Union bei dieser Öffnung nicht vernachlässigen: Die Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler. Hier sind rund 2,6 Millionen Menschen wahlberechtigt⁴.

Am Ende ist eines entscheidend: Die Volksparteien haben nach unserem Politikverständnis freilich nicht nur die Aufgabe ihren Machterhalt zu sichern, sondern sie tragen staatspolitische Verantwortung. Letztlich heißt das, dass sie schon alleine aus diesem Grund – zumindest moralisch - dazu verpflichtet sind offen für alle Menschen zu sein, die ihre Werte und Ziele teilen. Auf dieser „Baustelle“ bleibt noch immer einiges zu tun, wenngleich die Union hier ohne Zweifel in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat!

1 | *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. BAMF Working-Paper 46, 2012, S. 21f.*

2 | *Ebd., S. 22.*

3 | *Vgl. Mitglieder-Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007.*

4 | *Pressemitteilung des Bundeswahlleiters zur Bundestagswahl 2009: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/59_Wahlberechtigte_Migrationshintergrund*